

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Grundlagen der Verhaltenslenkung	1
A. Einleitung	1
B. Psychologische Grundlagen der Verhaltenslenkung	3
I. Ansätze zur Verhaltenslenkung über äußere und innere Entscheidungsdeterminanten.....	3
II. Verhaltenslenkung durch Anreize und Überzeugung.....	5
1. Verhaltenssteuerung durch Anreize.....	5
a. Funktionsweise der Anreizsteuerung	6
b. Vorteile der Anreizsteuerung	7
c. Nachteile der Anreizsteuerung.....	8
2. Verhaltenssteuerung durch Überzeugung.....	8
a. Elaborierte und periphere Informationsverarbeitung.....	9
aa. Elaborierte Informationsverarbeitung	9
bb. Periphere Informationsverarbeitung.....	10
cc. Gemischte Informationsverarbeitung	10
b. Einflüsse auf die Art der Informationsverarbeitung.....	10
3. Wechselwirkungen von Anreizen, Einstellungen und Verhalten.....	12
a. Verhaltensrechtfertigung durch Anreize oder Einstellungen.....	13
b. Änderung von Einstellungen durch defizitäre Anreize.....	14
aa. Änderung von Einstellungen durch Kausalattribution.....	14
bb. Einstellungsanpassung zur Vermeidung kognitiver Dissonanz.....	14
cc. Einstellungsänderung durch Bindungen	16
c. Reaktanz und Überrechtfertigung	17
aa. Ursachen von Reaktanz.....	17
bb. Reaktanz als Freiheitsindikator.....	19
[1] Reaktanz als thematischer Freiheitsindikator	19
[2] Reaktanz als gradueller Freiheitsindikator.....	20
[3] Gewöhnung an Unfreiheiten und Akzeptanz	20

III. Denkmuster und „Denkfehler“	22
1. Bewusstes und unbewusstes Denken	22
a. Das Bewusstsein und das Unbewusste	23
b. Schnelles Denken und langsames Denken	23
aa. „System 1“: unbewusstes, emotional-intuitives Denken	24
bb. „System 2“: bewusstes, analytisch-vernunftorientiertes Denken	24
cc. Aktivierung von „System 2“	25
2. Heuristiken und „Denkfehler“	27
a. Qualität von Denkergebnissen	27
b. Ähnlichkeits- oder Repräsentativheuristik	28
c. Verfügbarkeitsheuristik	31
d. Verankerungs- oder Anpassungsheuristik	32
3. Bewusstes Entscheiden am Beispiel der Neuen Erwartungstheorie ...	36
a. Bewertung von Entscheidungsoptionen	37
aa. Abnehmende Grenzwerte	37
bb. Lage und Verschiebung des Referenzpunktes	37
cc. Mentale Konten	38
b. Gewichtung: Regressionseffekt	39
c. Entscheidung: Sicherheitseffekt und Verlustaversion	40
d. Grenzen der Neuen Erwartungstheorie	41
IV. Menschenbilder und Selbstbild	42
1. Der Mensch als Manipulationsopfer	42
a. Selbstwahrnehmung und Selbstbild	43
b. Subliminale Verhaltenssteuerung durch Priming	43
c. Das Unbewusste als Hebel für simple Steuerungen	44
2. Der Mensch als begabter Entscheidungsfinder	45
a. Bewusstsein ist nicht alles	45
b. Rationalität ist nicht alles	45
c. Weitere Entscheidungsregeln	46
3. Menschen sind verschieden	47
C. Verhaltensökonomische Optimierung der Verhaltenslenkung	49
I. Entwicklung der Verhaltensökonomik	50
1. Frühentwicklung: <i>moral sentiments</i> und <i>animal spirits</i>	50
2. Durchbruch: <i>bounded rationality</i> und <i>prospect theory</i>	51
3. Weiterentwicklung: <i>behavioral law and economics</i>	52
II. Verhaltensökonomik und Verhaltensmodelle	53
1. Vom <i>homo oeconomicus</i> zum <i>homo sapiens</i>	54
a. Neoklassisches Standardmodell des <i>homo oeconomicus</i>	54
b. Rationalisierung des Irrationalen	54
c. Nivellierung von Irrationalitäten durch Aggregation?	57
d. Fortwährende Bedeutung des <i>homo oeconomicus</i>	58
e. Verhaltensökonomisches Menschenbild	59
2. Verhaltensökonomischer Modellpluralismus	60

a.	Verwendungszweckabhängige Eignung von Verhaltensmodellen	60
b.	Vielfalt der Verhaltensmotive und Persönlichkeiten	63
c.	Vielfalt als Forschungsauftrag der Verhaltensökonomik	64
3.	Kritik an der Verhaltensökonomik.....	65
a.	Das Akzeptanzproblem der Verhaltensökonomik.....	65
b.	Methodische Kritik an der Verhaltensökonomik	67
c.	Modellkritik an der Verhaltensökonomik.....	69
III.	Verhaltensökonomik und Verhaltenslenkung.....	71
1.	Gestaltungseinfluss der Ökonomik.....	71
a.	Formelles Lenkungswissen der Ökonomik.....	71
b.	Materielle Lenkungsmöglichkeiten der Ökonomik.....	72
aa.	Ökonomik ohne normativen Anspruch.....	72
bb.	Ökonomik mit gestalterischen Fähigkeiten	73
cc.	Ökonomen in normativer Versuchung	74
dd.	Notwendige Meinungstransparenz	75
c.	Illustrative Vorschläge zur Lenkung zu „besseren“ Entscheidungen	76
2.	Verhaltensökonomische Lenkungsmethoden	77
a.	Beeinflussung von bewussten Abwägungen	77
b.	Beeinflussung von unbewussten Entscheidungsparametern	79
c.	Verhaltenslenkung durch Nudging.....	80
aa.	Funktionsweise des Nudging.....	80
bb.	Formelle und materielle Nudges.....	82
cc.	Nudging als wertfreies Methodenbündel.....	87
dd.	Nudging in der Praxis.....	87
3.	Akzeptanzprobleme von Verhaltenslenkungen	89
a.	Das Liberalismusproblem von Verhaltenslenkungen.....	90
aa.	Unfreiheitlichkeit von Verhaltenslenkungen wegen ihrer Wirksamkeit	90
[1]	Antagonismus von Wirksamkeit und Freiheitlichkeit von Verhaltenslenkungen	90
[2]	Umfang und Intensität von Freiheitsbeschränkungen durch Verhaltenslenkung.....	91
[3]	Tiefere Freiheitseinschränkungen durch feinere Verhaltenslenkung	92
[4]	Beschränkte Kompensation der Unfreiheitlichkeit durch Lenkungsmilde	93
[5]	Selektive Unfreiheitlichkeit durch selektive Wirksamkeit	99
[6]	Die Gefahr langfristiger Lenkungsverschärfungen.....	101
bb.	Unfreiheitlichkeit von Verhaltenslenkungen wegen der (Ir-)Relevanz von Individualinteressen	102
[1]	Gemutmaßte Eigeninteressen	102
[2]	Rechtfertigungsversuche	108

cc. Gewohnte Freiheit, ungewohnte Unfreiheit	116
b. Das Paternalismusproblem von Verhaltenslenkungen	117
aa. Intention verhaltenslenkender Freiheitsbeschränkungen	117
bb. Arten des Paternalismus	118
cc. Vermeidung von Paternalismusvorwürfen	119
[1] Geschickte Attribuierung der Lenkungsintention	119
[2] Irrelevanz der unmittelbaren Lenkungsadressaten	120
[3] Kommunikation der Lenkungsintention	121
[4] Notwendiger Paternalismus	121
dd. Gewöhnung an Paternalismus?	123
ee. Verhaltensökonomik in der Paternalismusfalle?	123
c. Das Manipulationsproblem von Verhaltenslenkungen	124
aa. Manipulation als (Ent-)Täuschung über eigene Freiheitsintuition	125
bb. Zufällige oder intentionale Entscheidungsbeeinflussung?	127
cc. „Entmanipulation“ durch Transparenz	129
dd. „Entmanipulation“ durch Gewöhnung	130
ee. Kein moralischer Vorrang bewusstseinsbasierter Lenkung	132
D. Lenkungswissen und Recht	133
I. Rechtliche Indienstnahme außerrechtlicher Erkenntnisse	133
1. Verantwortung des Rechts für die Menschen	134
2. Rechtliche Relevanz außerrechtlicher Erkenntnisse	134
3. Auswahl außerrechtlicher Erkenntnisse	138
4. Transformation sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse	139
5. Sozialwissenschaftliche Rechtsanwendung?	141
II. Grenzen disziplinfremder Rechtsbezüge	142
1. Expertise über fremden Forschungsstand	142
2. Umgang mit unklarem Forschungsstand	143
III. Rechtliche Untersuchung der Lenkung privatautonomem Verhaltens	145
1. Verhaltensökonomische Rechtsoptimierung	146
2. Außerrechtliche Bezüge von Lenkungseinflüssen auf die Privatautonomie	147
3. Rechtliche Normativität bei der Lenkung privatautonomem Verhaltens	150
E. Zusammenfassung der Grundlagen der Verhaltenslenkung	154
I. Zu den psychologischen Grundlagen der Verhaltenslenkung	154
II. Zur verhaltensökonomischen Optimierung der Verhaltenslenkung	154
III. Zu Lenkungswissen und Recht	156
Kapitel 2: Allgemeine Legitimität der Verhaltenslenkung durch Recht	157
A. Notwendige Verhaltenslenkung durch Recht	158
I. Ordnungs- und Lenkungsfunktion des Rechts	158
II. Natürliche Ordnungs- und Lenkungsziele des Rechts	160
1. Lebens- und Friedensschutz als natürliche Rechtsdeterminante	161
a. Naturalistischer Schluss vom Leben auf das Lebenlassen	161

b. Recht als Friedensordnung	162
2. Selbstschutz der Rechtsordnung.....	163
III. Künstliche Ordnungs- und Lenkungsziele	164
B. Akzeptanzabhängigkeit der Rechtsgeltung	166
I. Notwendigkeit gewaltfreier Rechtsgeltung.....	167
II. Gewaltfreie Rechtsgeltung kraft Rechtsakzeptanz	168
III. Formell induzierte Rechtsakzeptanz durch Verfahren und Kenntnis	169
1. Rechtsakzeptanz kraft anerkannter Rechtsetzung	170
a. Richtigkeitsgewähr ordnungsgemäß gesetzten Rechts?	170
b. Richtigkeitsvermutung statt Richtigkeitsgewähr	171
2. Rechtsakzeptanz kraft Kenntnis und Verständlichkeit des Rechts	172
a. Möglichkeit der Kenntnisnahme vom Recht.....	172
b. Verständlichkeit des Rechts	173
c. Rechtskenntnis kraft verständlicher Vermittlung	175
d. Rechtsempfinden statt Rechtskenntnis	177
e. Rechtsfolgeninduzierte Rechtskenntnis	177
3. Rechtsakzeptanz kraft Zusammengehörigkeitsgefühls	178
IV. Materiell induzierte Rechtsakzeptanz durch Gerechtigkeitsstreben.....	179
1. Materielle Rechtsakzeptanz als Garant für Rechtsbeständigkeit	179
2. Gerechtes Recht als richtiges Recht	181
a. Was ist Gerechtigkeit?.....	182
aa. Gerechtigkeitsempfinden der Gesellschaft	182
bb. Parameter des Gerechtigkeitsempfindens	185
cc. Falsches Gerechtigkeitsempfinden?.....	188
b. Wandelbares Gerechtigkeitsempfinden.....	189
3. Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit.....	190
a. Einfluss des Gerechtigkeitsempfindens auf das Recht.....	191
aa. Vertrauen auf das Gerechtigkeitsstreben des Rechts.....	191
[1] Gerechtigkeitssensibles Recht	191
[2] Gerechtigkeit und Selbstgerechtigkeit der Juristen	191
[3] Vermitteltes Gerechtigkeitsvertrauen.....	192
[4] Fortwährende Annäherung an die Gerechtigkeit.....	195
bb. Inflexibles Recht.....	195
cc. Rechtsfreie Gerechtigkeitsfragen	196
b. Einfluss des Rechts auf das Gerechtigkeitsempfinden.....	198
aa. Recht als Gerechtigkeitsmaßstab	198
bb. Rechtstreue als Gerechtigkeitsmaßstab	200
cc. Umerziehendes Recht	201
c. Ausgleichendes Recht	202
aa. Normativer Charakter des Rechts.....	202
bb. Negative Gerechtigkeit.....	204
4. Rechtsakzeptanz durch beschränkte Freiheit	206
a. Akzeptanzfördernde Freiheitlichkeit.....	206

b. Akzeptanzhindernde Freiheitsergebnisse und zwangsläufige Materialisierung des Rechts	207
C. Verhältnis des Rechts zu Freiheit, Willen und Verantwortung	209
I. Rechtliche Gewährleistung formeller und materieller Freiheit.....	210
1. Formelle Freiheitsgewährleistung durch Recht.....	210
2. Materielle Freiheitsbefähigung durch Recht	210
3. Austarieren von formeller Freiheitsgewährleistung und materieller Freiheitsbefähigung.....	211
II. Rechtliches Selbstbestimmungsdogma und reale Willensdeterminierung.....	212
1. Wille und Verantwortung aus traditioneller rechtlicher Sicht	213
a. Freiheit durch willensgeleitete Selbstbestimmung.....	213
b. Willensgeleitete Selbstbestimmung als normatives Leitbild.....	213
c. Für Selbstbestimmung erforderliche Willensqualität.....	214
d. Verantwortung infolge von Selbstbestimmung.....	215
e. Exkurs: Gruppenfreiheit, Gruppenwille und Gruppenverantwortung.....	216
2. Wille und Verantwortung aus psychologisch-naturphilosophischer Sicht.....	217
a. Die Mär vom freien Willen	217
aa. Absolute Willensfreiheit: Indeterminismus.....	217
bb. Absolute Unfreiheit: Determinismus.....	218
[1] Entscheidungs- und Verhaltensleitung ohne eigenes Selbst.....	218
[2] Selbstbeobachtung und Kausalattribution	221
cc. Freiheitsintuition: Kompatibilismus.....	223
[1] Fehlschluss vom Bewusstsein des Willens auf dessen Freiheit	223
[2] Erklärung des Gefühls vom freien Willen.....	224
[3] Naturphilosophische Theorie der bedingten Willensfreiheit.....	226
b. Der Wille als Fähigkeit zur Entscheidungsbeeinflussung.....	227
aa. Prozedurale Entscheidungsbeeinflussung von innen: Deliberation.....	228
[1] Einfluss des eigenen Selbst auf das Denken und Entscheiden	228
[2] Letztentscheidung nach erfahrungsgeleiteter emotionaler Verträglichkeit.....	229
[3] Gefühl der Unfreiheit	230
bb. Inhaltliche Entscheidungsbeeinflussung von außen.....	232
c. Verantwortung ohne freien Willen	233
aa. Freier Wille als untauglicher Anknüpfungspunkt für Verantwortung	234
bb. Persönlichkeit als untauglicher Anknüpfungspunkt für Verantwortung	234

cc. Freiheitsintuition als untauglicher Anknüpfungspunkt für Verantwortung	235
dd. Objektive Alternativität als tauglicher Anknüpfungspunkt für Verantwortung	236
[1] Moralische Verantwortung vor den Mitmenschen	236
[2] Empathische Verantwortungszuschreibung.....	236
[3] Verantwortung trotz äußerer Einflüsse und Steuerungen....	238
[4] Verantwortungszuschreibung als Verhaltenslenkung.....	238
[5] Abgestufte Verantwortung.....	239
3. Rechtlicher Umgang mit der Unfreiheit des Willens	240
a. Glaube an die Willensfreiheit als soziale Tatsache.....	240
b. Rechtliche Anknüpfung am Glauben an die Willensfreiheit	241
c. Rechtliche Sensibilität für Selbstbestimmungsgrenzen.....	242
III. Rechtliche Anforderungen an die Willensfreiheit	243
1. Allgemeine Willensbildungsfähigkeit	244
a. Mindestmaß an Willensbildungsfähigkeit	244
b. Zivilrechtliche Geschäftsfähigkeit.....	246
c. Rechtlicher Schutz von Willensbildungsunfähigen	247
2. Freiwilligkeit im Rechtssinne.....	248
a. Einflüsse auf die Willensbildung.....	248
aa. Grundlegende Einflüsse auf die Willensbildung.....	248
bb. Situative Einflüsse auf die Willensbildung	249
b. Freiwilligkeit im Rechtssinne durch Abwesenheit nicht hinnehmbarer Einflüsse	251
aa. Untaugliche Ansätze	251
bb. Notwendige objektive Alternativität	252
cc. Äußerliche Erkennbarkeit und kurzfristige Wirkung von Einflüssen.....	253
dd. Besonnene Selbstbehauptung gegenüber Einflüssen.....	253
[1] Definitionsproblem des Nicht-Hinnehmbaren	254
[2] Behauptung gegenüber verdeckten Einflüssen	254
[3] Keine Notwendigkeit emotionsloser Willensbildung	256
c. Freiwilligkeit im Rechtssinne unabhängig von bewusstem Nachdenken.....	257
aa. Keine prinzipielle Notwendigkeit bewussten Nachdenkens	257
bb. Besondere moralische Validität bewusster Entscheidungen.....	259
d. Rechtliche Instrumente zur Gewährleistung von Freiwilligkeit im Rechtssinne	259
aa. „Harte“ Gewährleistung von Freiwilligkeit im Rechtssinne.....	260
bb. „Weiche“ Gewährleistung von Freiwilligkeit im Rechtssinne....	261
3. Freiheit der Willensbildung von „Denkfehlern“?.....	265
a. „Denkfehler“ kein Grund für beschränkte rechtliche Verantwortung.....	266
b. Rechtlicher Schutz der Willensbildung vor „Denkfehlern“ (<i>debiasing through law</i>).....	268

aa. „Harter“ Schutz vor „Denkfehlern“	268
bb. „Weicher“ Schutz vor „Denkfehlern“	269
IV. Grenzen der rechtlichen Akzeptanz von selbstbestimmtem Verhalten	271
1. Rechtlicher Schutz der Freiheit vor sich selbst	271
a. Rechtlicher Schutz der Freiheit vor der Selbstaufgabe	271
aa. Schutz der Freiheit vor direkter Selbstaufgabe.....	272
bb. Schutz der Freiheit vor indirekter Selbstaufgabe.....	273
b. Rechtlicher Schutz der Freiheit vor Selbstschädigungen	274
2. Rechtlicher Schutz der Freiheit vor der Freiheit anderer	275
a. Relativität der Freiheit	275
b. Richtige Abgrenzung individueller Freiheiten	276
c. Parameter kluger Freiheitsabgrenzung.....	277
3. Selbstschutz des Rechts vor der Freiheit	277
D. Zusammenfassung der allgemeinen Legitimität der Verhaltenslenkung	
durch Recht	278
I. Zur notwendigen Verhaltenslenkung durch Recht	278
II. Zur Akzeptanzabhängigkeit der Rechtsgeltung	278
III. Zum Verhältnis des Rechts zu Freiheit, Willen und Verantwortung.....	279
Kapitel 3: Besondere Legitimität der Lenkung privatautonomem	
Verhaltens	283
A. Gegenstände der Privatautonomie.....	284
I. Privatautonomie als rechtliche Betätigungsfreiheit	284
II. Vertrag und Vertragsfreiheit	285
1. Vertrag und Richtigkeitsgewähr	285
a. Konsensuale Selbstbestimmung durch Vertrag.....	285
b. Richtigkeitschance statt Richtigkeitsgewähr von Verträgen.....	286
c. Vertrag als Grundlage der Marktwirtschaft	289
d. Exkurs: Richtigkeitsgewähr von Kollektivverträgen	289
2. Vertragsfreiheit und Selbstbestimmung.....	290
a. Privatautonomie unter Herrschaft des Willens	291
b. Vertragsfreiheit	292
aa. Vertragsabschlussfreiheit	292
bb. Vertragsgestaltungsfreiheit.....	293
III. Markt und Wettbewerb	293
1. Marktidealismus und Marktrealismus	293
a. Volkswirtschaftliche Effizienz durch ideale Märkte.....	293
b. Marktrealismus.....	295
aa. Defizite der sozialen Organisation durch Märkte.....	295
bb. Defizite bei der Preisbildung am Markt.....	296
2. Wettbewerb als Marktprozess.....	299
a. Materielle Befähigung zur Privatautonomie durch Wettbewerb	299
b. Eingeschränkter Wettbewerb um Nebenbedingungen	300
c. Gewährleistung und Schutz des Wettbewerbs durch	
Wettbewerbsregeln.....	301

aa. Kontextabhängige Akzeptanz von Wettbewerbsregeln.....	301
bb. Ordoliberalismus	302
[1] Wettbewerbskonzept des Ordoliberalismus.....	302
[2] Kritik am Ordoliberalismus	304
3. Rechtszugriff auf den Marktwettbewerb	305
a. Optimierung des Marktwettbewerbs durch Recht.....	305
b. Lenkung des Marktwettbewerbs zu richtigen Ergebnissen	305
aa. Gerechtigkeitsmaßstäbe für eine Marktordnung.....	305
[1] Chancengerechtigkeit	306
[2] Ergebnisgerechtigkeit	307
bb. Ordolibérale Bedenken gegen Marktlenkungen	308
cc. Abhängigkeit der Wirtschaftsordnung von gesellschaftlicher Akzeptanz	308
B. Rechtlicher Rahmen der Privatautonomie.....	310
I. Verfassungsrechtlicher Rahmen der Privatautonomie.....	310
1. Schutz der rechtlichen und wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit.....	310
a. Schutzbereich der Privatautonomie.....	311
aa. Schutz der privaten und wirtschaftlichen Selbstbestimmung....	311
bb. Ausgestaltungsbedürftigkeit der Privatautonomie.....	312
cc. Staatliche Schutzpflichten im Bereich der Privatautonomie	314
[1] Keine generelle staatliche Schutzpflicht vor „Denkfehlern“	315
[2] Staatliche Schutzpflicht vor Fremdbestimmung bei ungleicher Verhandlungsmacht	316
[3] Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	317
dd. Schutz privatautonomer Selbstbestimmung durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht?	319
b. Eingriffe in die Privatautonomie und Beschränkungen der Privatautonomie	321
aa. Kein Eingriff durch Ausgestaltungen	321
bb. Klassische Eingriffe in die Privatautonomie	322
cc. Eingriffsgleiche Beschränkungen der Privatautonomie.....	323
[1] Irrelevanz unwillkürlicher Reflexwirkungen	323
[2] Eingriffsqualität durch Lenkungsintention	323
[3] Objektiv verhaltenslenkende Tendenz als Eingriffskriterium	324
dd. Insbesondere: Eingriffsqualität von mittelbaren Verhaltenslenkungen.....	326
[1] Eingriff in die Betätigungsfreiheit der Lenkungsmittler	326
[2] Eingriff in die Betätigungsfreiheit der mittelbaren Lenkungsadressaten	327
ee. Privatautonomie ohne Gesetzesvorbehalt	329
c. Rechtfertigung von Beschränkungen und Angemessenheit von Ausgestaltungen der Privatautonomie	329

aa. Kein Kernbereichsschutz.....	330
bb. Schutz durch schlichte Begründbarkeit von Beschränkungen	330
cc. Legitime Gemeinwohlinteressen zur Beschränkung und Ausgestaltung der Privatautonomie	331
dd. Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen im Allgemeinen.....	333
[1] Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers	333
[2] Eignung einer Maßnahme	334
[3] Erforderlichkeit einer Maßnahme	335
[4] Angemessenheit einer Maßnahme	335
ee. Insbesondere Verhältnismäßigkeit unterschiedlicher Lenkungsmethoden.....	336
[1] Keine Hierarchisierung von Lenkungsmethoden	336
[2] Kein prinzipieller Vorrang von Verhaltenslenkungen auf Individualebene	338
[3] Rechtfertigung mittelbarer Verhaltenslenkungen	339
[4] Mindestanforderungen von Schutzpflichten.....	341
[5] Strafrecht als Ultima Ratio?.....	342
ff. Kollaterale Lenkungseffekte	346
d. Kein besonderes Kohärenzgebot.....	347
2. Schutz dinglicher und schuldrechtlicher Rechte	347
3. Privatautonomie und Gleichbehandlung	348
a. Bindung des Gesetzgebers an den Gleichheitssatz	348
b. Keine Bindung der Privatautonomie an den Gleichheitssatz.....	349
aa. Keine Grundrechtsbindung Privater	349
bb. Privatrecht als Gleichbehandlungsrahmen?	350
[1] Antagonismus von Freiheit und Pflicht	350
[2] Gesetzliche Gleichbehandlungspflichten und Diskriminierungsverbote.....	350
[3] Gleichbehandlungspflicht als Rationalitätspflicht?	351
[4] Gleichbehandlung als Gerechtigkeitsfrage	352
II. Unionsrechtlicher Rahmen der Privatautonomie	353
1. Primärrechtliche Verankerung	353
a. Grundfreiheiten als <i>leges speciales</i>	353
b. Vertragsfreiheit aus Art. 16 GRC	354
2. Gewährleistungsgehalt	355
a. Vertragsfreiheit	355
b. Informationsfreiheiten	356
3. Einschränkungsmöglichkeiten.....	357
a. Grundsätze	357
b. Diskriminierungsverbote	358
c. Ausschluss vom Geschäftsverkehr zur Terrorbekämpfung	359
4. Wirksame Umsetzung verhaltenslenkender Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten	359
a. Grundsatz der praktischen Wirksamkeit	360
aa. Objektive Eignung von Lenkungsmaßnahmen	360

bb. Angemessen effektives Recht	361
[1] Effektivität durch zivilrechtliche Schadensersatzpflichten	361
[2] Effektivität nicht notwendig durch Strafrecht.....	363
b. Äquivalenzgebot und Verschlechterungsverbot	363
III. Ausgestaltung der Privatautonomie durch Privatrecht	363
1. Zwecke des Privatrechts	364
a. Notwendige Ausgestaltung der Privatautonomie durch Privatrecht	364
aa. Privatrecht als Verfassung der Privatautonomie.....	364
bb. Privatrecht als Werkzeugkasten der Privatautonomie.....	365
cc. Privatrecht als Schranke der Privatautonomie.....	367
b. Indienstnahme des Privatrechts für politische Zwecke.....	367
2. Merkmale und Prinzipien des Privatrechts.....	367
a. Staatsferne und Subsidiarität des Privatrechts.....	367
b. Willensherrschaft und Selbstverantwortung	368
c. Prinzip der zweiseitigen Begründung.....	369
d. Prinzipien als Rechtsauslegungs- und Rechtsanwendungshilfen	371
aa. Normierte normative Rechtsprinzipien	371
bb. Ungeschriebene normative Rechtsprinzipien.....	371
cc. Deskriptive Rechtsprinzipien	373
C. Staatliche Lenkung privatautonomem Verhaltens	375
I. Legitime Materialisierung des Privatrechts.....	375
1. Ausgleichendes statt verteilendes Privatrecht?.....	376
a. Der Traum vom wertneutralen Privatrecht und einer „Privatrechtsgesellschaft“	376
b. Kritik am Traum vom wertneutralen Privatrecht.....	380
2. Notwendige Materialisierung des Privatrechts durch gesellschaftliches Steuerungsverlangen	383
a. Akzeptanz und Wirksamkeit des Privatrechts durch Gerechtigkeitsstreben	383
b. Gesellschaftliches Steuerungsverlangen im Zuge der Industrialisierung.....	385
c. Privatrecht geht mit der Zeit.....	385
d. Liberalismus contra Privatrecht.....	388
e. Politischer Erziehungsauftrag des Privatrechts?.....	390
3. Öffentlich-rechtliche statt privatrechtlicher Verhaltenssteuerung?.....	390
a. Abneigung von Juristen gegen politische Steuerungsententionen.....	391
b. Eigenständigkeit von Recht und Politik.....	393
c. Gesetzespositivismus und Demokratieprinzip.....	394
d. Realisierung politischer Lenkungsabsichten durch öffentliches Recht?.....	394

e. Gemeinsame Verhaltenslenkung durch öffentliches und Privatrecht.....	396
II. Ausgestaltungsbedingte Ziele der staatlichen Lenkung der Privatautonomie	397
1. Schutz der Privatautonomie vor sich selbst.....	398
a. Schutz der Privatautonomie vor der Selbstaufgabe	398
b. Schutz der Privatautonomie vor Selbstschädigungen	398
c. Schutz der Privatautonomie vor Selbstbestimmungshindernissen und „Denkfehlern“	399
aa. Optimierung der privatautonomen Willensbildung durch Privatrecht.....	400
bb. Keine korrigierende Auslegung „denkfehlerhafter“ Willenserklärungen	401
cc. Vom Verbraucherschutz zum Menschenschutz.....	402
2. Schutz der Privatautonomie vor privatautonomem Verhalten anderer	404
a. Richtige Abgrenzung von Privatautonomien	405
b. Schutz der Privatautonomie vor einseitiger Verhandlungsübermacht.....	406
aa. Ungleiche Verhandlungsmacht als Regulierungsauftrag.....	406
bb. Situativer Schutz vor diktierten Vertragsbedingungen durch AGB-Kontrolle	407
[1] Typisches Machtgefälle im Massenverkehr	408
[2] Vermeidung von Überkompensation.....	408
[3] AGB-Kontrolle als mildes Mittel	409
cc. Sachlicher Schutz vor Diskriminierungen.....	409
dd. Personaler Schutz von Arbeitnehmern und Verbrauchern	410
[1] Typische Unterlegenheit von Arbeitnehmern.....	410
[2] Vergleich der Schutzbedürftigkeit von Arbeitnehmern und Verbrauchern.....	411
c. Schutz der Privatautonomie vor Irreführungen und Drucksituationen	412
aa. Allgemeiner zivilrechtlicher Schutz vor Irreführungen und Drucksituationen	412
[1] Gestaltungsrechte gegen unzulässig beeinflusste Entscheidungen.....	413
[2] Schadensersatzansprüche für unzulässig beeinflusste Entscheidungen.....	414
[3] Sittenwidrige Ausnutzung fremder „Denkfehler“?	414
bb. Lauterkeitsrechtlicher Schutz vor Irreführungen und Drucksituationen	415
[1] Lauterkeitsrechtlicher Verbraucherbegriff.....	416
[2] Schutz gegen aggressive Praktiken	416
[3] Irreführungsverbote	417
d. Schutz der Privatautonomie vor belastenden Verträgen Dritter	419

3. Selbstschutz des Rechts vor der Privatautonomie	420
III. Staatliche Indienstnahme der Privatautonomie für politische	
Lenkungsziele	421
1. Indienstnahme der Privatautonomie zur Wohlfahrtsmaximierung	
und Gemeinwohlförderung.....	422
a. Legitimität der Wohlfahrtsorientierung von Privatautonomie	422
b. Wohlfahrtsmaximierung durch Privatrecht	423
2. Indienstnahme der Privatautonomie zum Umweltschutz und zur	
Nachhaltigkeitsförderung	424
a. Schutzauftrag zugunsten Umwelt und Nachhaltigkeit.....	424
b. Schutzumsetzung durch Privatrecht.....	425
D. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch nichtstaatliche Mächte.....	426
I. Lenkungsmacht nichtstaatlicher Mächte.....	427
1. Lenkung unternehmerischer Entscheidungen durch	
Nichtregierungsorganisationen.....	427
2. Lenkung unternehmerischer Entscheidungen durch	
Gewerkschaften	428
3. Lenkung unternehmerischer Entscheidungen durch	
Verbraucherverbände.....	428
II. Begrenzung nichtstaatlicher Lenkungsmacht	429
1. Autonome und halb-autonome Begrenzung nichtstaatlicher	
Lenkungsmacht	429
2. Rechtliche Begrenzung nichtstaatlicher Lenkungsmacht.....	430
a. Kartellrechtliche Grenzen für nichtstaatliche Mächte.....	430
b. Mittelbare Grundrechtsbindung nichtstaatlicher Mächte	431
c. Bindung nichtstaatlicher Mächte an unionsrechtliche	
Grundfreiheiten und Grundrechte	431
E. Zusammenfassung der besonderen Legitimität der Lenkung	
privatautonomem Verhaltens	432
I. Zu den Gegenständen der Privatautonomie	432
II. Zum rechtlichen Rahmen der Privatautonomie	433
III. Zur staatlichen Lenkung privatautonomem Verhaltens	434
IV. Zur Lenkung privatautonomem Verhaltens durch nichtstaatliche	
Mächte.....	436
Kapitel 4: Instrumente zur Lenkung privatautonomem Verhaltens.....	437
A. Grundsätze der rechtlichen Verhaltensregulierung	438
I. Herangehensweise an Verhaltensregulierung	438
1. Realbetrachtung von Rechtswirkungen	439
2. Unklare Rechtswirkungen	440
3. Regulierungsheuristiken	441
II. Lenkung nach Bedeutsamkeits-Wirksamkeits-Verhältnis.....	442
III. Lenkung nach Kosten-Nutzen-Verhältnis.....	444
IV. Lenkung nach Freiheitsbilanz.....	445
1. Rechtswirksamkeit durch Maximierung der Freiheitsbilanz.....	446

2. Politische Einschätzung der Freiheitsbilanz.....	446
B. Allgemeine Wirksamkeitsparameter des Rechts	447
I. „Harte“ Wirksamkeitsparameter des Rechts	447
1. Rechtswirksamkeit durch Verbindlichkeit des Rechts.....	448
a. Unverbindliches Recht.....	448
b. Ermöglichendes Recht.....	448
c. Dispositives Recht und Auffanglösungen	449
aa. Allgemeine Aufgaben dispositiven Rechts	449
bb. Wirksamkeit durch Dispositionsaufwand.....	449
cc. Lenkungseffekte dispositiven Rechts	450
d. Zwingendes Recht	451
2. Rechtswirksamkeit durch theoretische Rechtsbewehrung	451
a. Rechtsbewehrung durch selektive Rechtswirksamkeit.....	452
b. Rechtsbewehrung durch positive Rechtserfüllungspflicht	452
aa. Anspruch des Berechtigten auf Pflichterfüllung.....	453
[1] Anspruch auf positive Pflichterfüllung	453
[2] Schuldnerpflichten ohne Erfüllungsanspruch des Gläubigers	453
bb. Ansprüche Dritter auf Pflichterfüllung	454
cc. Anspruch des Staates auf Pflichterfüllung	455
[1] Staatlicher Anspruch auf Erfüllung öffentlich-rechtlicher Pflichten	455
[2] Staatlicher Anspruch auf Erfüllung privatrechtlicher Pflichten	455
c. Rechtsbewehrung durch Schadensersatzpflichten	456
aa. Ersatzweise Schadensersatzpflichten	456
bb. Zusätzliche Schadensersatzpflichten	457
cc. Verschuldensunabhängige Schadensersatzpflichten	457
dd. Reichweite des Schadensersatzes	458
[1] Effektivierung durch weiten Schutzzweck der primären Rechtspflicht	459
[2] Effektivierung durch Ersatz entgangenen Gewinns	459
[3] Effektivierung durch Entschädigung und Schmerzensgeld ..	460
ee. Strafschadensersatz	461
d. Rechtsbewehrung durch staatliche Strafen.....	462
e. Rechtsbewehrung durch sonstige Nachteile rechtswidrigen Verhaltens.....	464
3. Rechtswirksamkeit durch praktische Durchsetzbarkeit des Rechts ...	465
a. Rechtsdurchsetzbarkeit dank privater Aufdeckung von Rechtsverstößen	465
b. Privat-individuelle Rechtsdurchsetzung	466
aa. Rechtsdurchsetzung durch automatische Rechtserfüllung	466
bb. Motivation zur individuellen Rechtsdurchsetzung.....	467
cc. Außergerichtliche Rechtsdurchsetzung	468
[1] Autonome außergerichtliche Rechtsdurchsetzung	468

[2] Staatlich vermittelte außergerichtliche Rechtsdurchsetzung.....	469
dd. Gerichtliche Rechtsdurchsetzung und Beweislast	469
[1] Nachweis der Pflichtverletzung.....	470
[2] Nachweis von Kausalität	471
[3] Nachweis eines Schadens	472
ee. Rechtsdurchsetzung und Fristen.....	472
c. Privat-kollektive Rechtsdurchsetzung	473
d. Staatliche Rechtsdurchsetzung.....	474
e. Kombinationslösung am Beispiel des Finanzmarktrechts	475
aa. Ziele der Finanzmarktregulierung.....	475
bb. Mittel zur Effektivierung des Finanzmarktrechts.....	476
II. „Weiche“ Wirksamkeitsparameter des Rechts.....	478
1. Rechtswirksamkeit durch Bekanntheit des Rechts.....	478
a. Rechtsbekanntheit durch Gesetzgebung und Rechtsanwendung....	479
b. Obliegenheit zur Selbstinformation über die Rechtslage.....	480
c. Aufklärung über subjektive Rechte und die konkrete Rechtslage....	481
aa. Belehrung über Gestaltungsrechte und Zahlungspflichten.....	481
bb. Belehrung über Rechtsbehelfe	482
d. Vermittlung von Rechtskenntnis durch transparente AGB	483
aa. Transparenzanforderungen an AGB	483
bb. Transparente Klärung der Rechtslage über AGB	484
cc. Transparente Wahl intransparenten Rechts.....	485
e. Anschauliche Rechtsvermittlung: Storytelling	486
2. Rechtswirksamkeit durch Klarheit und Sicherheit des Rechts.....	487
a. Ambivalente Wirkungen von Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.....	487
b. Spezifische Unbestimmtheit des Privatrechts.....	488
3. Rechtswirksamkeit durch Einfachheit des Rechts.....	491
a. Lenkungseffekte einfachen Rechts	491
b. Merkmale von einfachem Recht	492
aa. Formelle Aspekte von iLaw.....	492
bb. Materielle Aspekte von iLaw	493
[1] Intuitive Rechtsinhalte	493
[2] Intuitive Rechtsmechanismen.....	494
c. Realisierung von Rechtfachheit.....	495
4. Rechtswirksamkeit durch Rechtsüberzeugung.....	495
C. Rechtliche Instrumente zur Lenkung privatautonomes Verhaltens.....	497
I. Dualismus von Ergebnis- und Prozesslenkung	498
1. Ergebnislenkung	498
a. Ergebnisorientierte Verhaltenslenkung durch Negativsysteme	498
b. Ergebnisorientierte Verhaltenslenkung durch Positivsysteme.....	499
2. Prozesslenkung.....	500
II. Ergebnislenkung privatautonomes Verhaltens.....	501

1. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch selektive rechtliche	
Anerkennung	501
a. Lenkung durch unmittelbare Rechtsunwirksamkeit	501
aa. Verstoß gegen Verbotsgesetze	502
bb. Wucherische Rechtsgeschäfte	502
cc. Selektive Rückabwicklung nichtiger Verträge	503
b. Lenkung durch latente Rechtsunwirksamkeit	503
c. Lenkung durch partielle Rechtsunwirksamkeit.....	504
2. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch inhaltliche	
Anforderungen an Verträge	505
a. Lenkung durch Kontrahierungszwänge	505
aa. Kontrahierungszwang bei Bedürfnislagen in der	
Daseinsfürsorge.....	506
bb. Anspruch auf Zahlungskonto	506
b. Lenkung durch materielle Fixvorgaben	507
c. Lenkung durch materielle Mindestanforderungen.....	508
aa. Mindestanforderung an bewohnbare Mietwohnungen.....	508
bb. Mindestvergütung von Urhebern.....	509
d. Lenkung durch materielle Obergrenzen.....	509
3. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch Aufstellen von	
Sorgfaltspflichten.....	510
a. Sorgfaldmaßstäbe als konkretisierte Verschuldensmaßstäbe	510
aa. Unsorgfaldiges Verhalten als fahrlässiges Verhalten	510
bb. Besondere Sorgfald bei Gefahrenbeherrschung	511
b. Haftungsvermeidung als verhaltensleitendes Motiv.....	512
c. Sorgfaldmaßstäbe und Rückschaufehler	512
III. Prozesslenkung privatautonomem Verhaltens	514
1. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch Informationspflichten....	514
a. Eingeschränkte Freiheitlichkeit der informationellen	
Verhaltenslenkung	515
b. Verhaltenslenkung durch Aufklärungspflichten	517
aa. Allgemeine Aufklärungspflichten bei	
Informationsasymmetrien.....	517
bb. Aufklärungspflichten zur Minderung der	
Marktpreisintransparenz.....	518
[1] Einseitige Preisvorgaben und intransparente	
Marktpreise	518
[2] Aufklärung über wesentliche Preisfaktoren	519
[3] Aufklärung über zu hohen Preis.....	519
[4] Möglichkeiten zur Lösung intransparenzbedingter	
Marktungerechtigkeiten.....	522
cc. Aufklärungspflichten zur Steigerung der Rechtskenntnis und	
Rechtstreue	523
c. Verhaltenslenkung durch Erläuterungspflichten	524
d. Verhaltenslenkung durch Beratungspflichten.....	525

aa. Anforderungen an gute Beratung	525
bb. Beratung von Investoren in Finanzmarktprodukte.....	526
cc. Beratungsgläubigkeit statt Informationsmündigkeit.....	527
e. Bewertung der informationellen Lenkung.....	528
aa. Faktische Grenzen von informationeller Verhaltenslenkung.....	528
[1] Geminderte Informationswirkung durch Überinformation.....	528
[2] Geminderte Informationswirkung durch „Denkfehler“ und Gewöhnung	529
bb. Optimierung von Informationsumfang und Informationsdarstellung	530
cc. Weniger Informationsbedarf durch weniger Freiheit	532
2. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch Formvorschriften	533
a. Lenkung durch klassische Formvorschriften.....	533
aa. Lenkungseffekte von Formvorschriften	533
bb. Differenzierte Rechtsfolgen	535
b. Lenkung durch Transparenzanforderungen an AGB.....	535
aa. Ratio des Transparenzgebots.....	535
bb. Relativer Verständnishorizont	537
[1] Personeller Maßstab	537
[2] Sachlicher Maßstab.....	538
cc. Rechtsfolgen intransparenter AGB	539
c. Lenkung durch Begründungspflichten.....	540
aa. Spezifischer Lenkungseffekt von Begründungspflichten	540
bb. Lenkungsintensität	541
3. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch Widerrufsrechte	542
a. Lenkungseffekte von Widerrufsrechten	542
b. Lenkungsintensität	544
4. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch Anforderungen an Vertreter	544
a. Vertreter von Geschäftsunfähigen und beschränkt Geschäftsfähigen	545
b. Vertreter juristischer Personen.....	546
D. Außerrechtliche Instrumente zur Lenkung privatautonomem Verhaltens	548
I. Staatliche Verantwortung für außerrechtliche Lenkungseffekte	548
1. Spezifische Wirksamkeit und (Un-)Freiheitlichkeit außerrechtlicher Lenkungseffekte	548
2. Zurechnung außerrechtlicher Lenkungseffekte zu staatlichem Handeln	549
II. Lenkung privatautonomem Verhaltens durch finanzielle Anreize	551
1. Lenkungswirkungen finanzieller Anreize.....	551
a. Allgemeine Lenkungswirkungen finanzieller Anreize	551
b. Doppelwirkung finanzieller Anreize durch Selektivität.....	552

c. Mitnahmeeffekte und Ausweichverhalten	553
2. Lenkung privatautonomes Verhalten durch staatliche Beihilfen	553
a. Notwendige Anreizfunktion staatlicher Beihilfen	553
b. Unionsrechtlicher Rahmen der Beihilfengewährung.....	555
c. Verfassungsrechtlicher Rahmen der Beihilfengewährung.....	556
3. Lenkung privatautonomes Verhalten durch Steuern und Abgaben...	556
a. Fiskalische Lenkungswirkungen	556
aa. Lenkungswirkung von Steuern	556
bb. Lenkungswirkung sonstiger Abgaben.....	559
b. Bewertung fiskalischer Verhaltenslenkung.....	560
aa. Vorteile fiskalischer Verhaltenslenkung.....	560
bb. Nachteile fiskalischer Verhaltenslenkung.....	561
[1] Selektive Steuerungswirkung nach finanziellen Möglichkeiten.....	561
[2] Selektive Steuerungswirkung nach Steuerrechtskenntnis	562
[3] Mindereinnahmen durch erfolgreiche Lenkung	562
[4] Unkontrollierbare Steuerlastverschiebungen.....	564
c. Verfassungsrechtliche Vorgaben fiskalischer Verhaltenslenkung	564
aa. Abneigung der Steuerrechtler gegen Lenkungsabgaben.....	564
bb. Beeinträchtigung von Freiheitsgrundrechten durch Lenkungsabgaben	565
[1] Keine besondere Beeinträchtigung der Eigentumsfreiheit...	565
[2] Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit durch Lenkungssteuern.....	565
cc. Verhältnismäßigkeitsgrenze von Steuern.....	567
dd. Lenkungssteuern und Gleichheitssatz.....	567
[1] Besonderes Rationalitätsgebot für Lenkungssteuern.....	568
[2] Besondere Transparenzanforderungen an Lenkungssteuern	569
d. Unionsrechtliche Grenzen fiskalischer Verhaltenslenkung.....	570
aa. Grenzen fiskalischer Verhaltenslenkung aus den Grundfreiheiten	570
bb. Grenzen fiskalischer Verhaltenslenkung aus dem Beihilfenverbot.....	571
III. Lenkung privatautonomes Verhalten durch Marktmechanismen	572
1. Lenkung von Märkten	572
a. Lenkung von Marktergebnissen über Beeinflussung von Marktpreisen.....	573
b. Lenkung von Marktergebnissen durch staatliche Marktteilnahme...	573
2. Schaffung von Märkten: Emissionshandel	575
3. Bewertung von Verhaltenslenkungen durch Marktmechanismen	576
IV. Lenkung privatautonomes Verhalten durch Einsatz moralischer Regeln	576
1. Lenkung privatautonomes Verhalten durch freiwillige Selbstverpflichtungen	577

a. Motivation zu freiwilligen Selbstverpflichtungen	577
b. Gesetzesabwehende Selbstverpflichtungen von Wirtschaftsverbänden.....	577
aa. Beispiele für Selbstregulierung von Wirtschaftsverbänden	578
bb. Vorteile der Selbstregulierung	579
cc. Nachteile der Selbstregulierung	580
c. Selbstverpflichtungen von Unternehmen: Corporate Social Responsibility	580
aa. Unionsrechtlicher Rahmen.....	581
bb. Deutscher Rechtsrahmen	582
cc. Lenkungseffekt.....	582
d. Rechtliche Relevanz von Verhaltenskodizes.....	583
aa. Lauterkeitsrechtliche Semi-Verbindlichkeit von Verhaltenskodizes	583
[1] Begriff des Verhaltenskodex	583
[2] Verstoß gegen Selbstverpflichtung.....	584
[3] Unwahre Selbstverpflichtung	585
bb. Kartellrechtliche Grenzen von Verhaltenskodizes	585
cc. Kaufrechtliche Relevanz von Verhaltenskodizes.....	586
2. Lenkung privatautonomem Verhalten durch gesellschaftlichen Druck.....	587
a. Aktivierung gesellschaftlichen Drucks durch Transparenzpflichten	587
aa. Veröffentlichung von Aufsichtsratsvergütungen.....	588
bb. Veröffentlichung von Tarifverträgen.....	588
b. Aktivierung gesellschaftlichen Drucks durch Erklärungs- und Rechtfertigungspflichten	589
aa. Comply-or-explain-Ansatz.....	589
bb. DCGK-Entsprechungserklärung.....	590
c. Aktivierung gesellschaftlichen Drucks durch Angriff auf die Reputation mithilfe öffentlicher Pranger (<i>naming and shaming</i>)	590
d. Bewertung der Verhaltenslenkung durch gesellschaftlichen Druck	592
V. Lenkung privatautonomem Verhalten durch Vernunftappelle	593
1. Lenkung privatautonomem Verhalten durch imperative Vernunftappelle	593
2. Lenkung privatautonomem Verhalten durch persuasive Vernunftappelle	594
a. Abhängigkeit persuasiver Vernunftappelle von Einstellungen der Adressaten	594
b. Optimierte Informationspolitik	596
3. Rechtlicher Rahmen für Vernunftappelle	596
a. Rechtliche Grenzen für staatliche Vernunftappelle	596
b. Rechtliche Grenzen für private Vernunftappelle	597

E. Zusammenfassung der Instrumente zur Lenkung privatautonomem	
Verhaltens.....	598
I. Zu den Grundsätzen der rechtlichen Verhaltensregulierung	598
II. Zu den allgemeinen Wirksamkeitsparametern des Rechts.....	598
III. Zu den rechtlichen Instrumenten zur Lenkung privatautonomem	
Verhaltens.....	601
IV. Zu den außerrechtlichen Instrumenten zur Lenkung privatautonomem	
Verhaltens.....	603
Kapitel 5: Folgen der Lenkung privatautonomem Verhaltens	607
A. Risiken von Fehl- und Kollaterallenkungen.....	607
I. Negative Folgen von Verhaltenslenkungen	608
1. Benachteiligende Effekte von Schutzmaßnahmen	608
2. Missbrauch von Schutzmaßnahmen	610
3. Verschlimmbessernde Lenkungsmaßnahmen.....	611
4. Verlernte Privatautonomie durch Lenkung privatautonomem	
Verhaltens?	612
a. Entlastende Wirkung von äußeren Verhaltenslenkungen	612
b. Menschliche Unvollkommenheiten als Anlass für	
Erleichterung der Privatautonomie	614
c. Zeit- und menschengemäße Selbstverantwortung	615
d. Erleichterte Privatautonomie als Chance.....	616
II. Risikomanagement als Aufgabe der Politik	617
1. Lenkungsrisiken als Abwägungsaufgabe	618
2. Umgang mit Unsicherheiten.....	619
3. Verfassungsrechtliche Maßgaben für staatliches	
Risikomanagement	620
B. Verantwortung für privatheteronomes Verhalten	622
I. Verantwortung der Lenkungsadressaten trotz Lenkungseinflüssen	622
1. Moralische Verantwortung der Lenkungsadressaten trotz	
Lenkungseinflüssen	622
2. Rechtliche Verantwortung der Lenkungsadressaten trotz	
Lenkungseinflüssen	623
a. Rechtliche Verantwortung bei inneren Verhaltenseinflüssen	623
b. Rechtliche Verantwortung bei äußeren Verhaltenseinflüssen.....	625
aa. Verantwortung bei Verhaltenseinflüssen durch Private.....	625
bb. Verantwortung bei Verhaltenseinflüssen durch den Staat	627
c. Rechtliche Verantwortung der Lenkungsadressaten gegenüber	
Dritten trotz Verhaltenseinflüssen.....	629
II. Verantwortung der Lenker für gelenktes Verhalten.....	630
1. Moralische Verantwortung der Lenker für gelenktes	
Verhalten.....	630
2. Rechtliche Verantwortung privater Verhaltenslenker für gelenktes	
Verhalten.....	631

a. Verantwortung für Lenkungserfolge durch Zurechnung von Fremdverhalten	631
b. Verantwortung für Lenkungshandlungen durch Haftung für unzulässige Einflussnahme	633
3. Rechtliche Verantwortung staatlicher Verhaltenslenker für gelenktes Verhalten.....	633
a. Rechtfertigungspflicht für freiheitsbeschränkende Verhaltenslenkungen	633
b. Schutz des Vertrauens in staatliche Begünstigungen	634
c. Staatshaftung für Fehl- und Kollaterallenkungen	635
C. Zusammenfassung der Folgen der Lenkung privatautonomem Verhalten.....	636
I. Zu den Risiken von Fehl- und Kollaterallenkungen	636
II. Zur Verantwortung für privatheteronomes Verhalten.....	637
Kapitel 6: Gesamtbewertung und Gesamtergebnisse.....	639
A. Gesamtbewertung des Zusammenwirkens von Verhaltenssteuerung, Recht und Privatautonomie	639
I. Realbetrachtung des Menschen als Voraussetzung für gute Verhaltenslenkung.....	639
II. Menschengerechtes Privatrecht durch Lenkung der Privatautonomie ...	640
III. Eigenverantwortung trotz Lenkungseinflüssen	641
IV. Gute Verhaltenslenkung als Aufgabe der Rechtswissenschaft	642
B. Gesamtergebnis in Fragen und Antworten	644
I. Zu den Grundlagen der Verhaltenslenkung.....	644
II. Zur allgemeinen Legitimität der Verhaltenslenkung durch Recht	646
III. Zur besonderen Legitimität der Lenkung privatautonomem Verhaltens.....	649
IV. Zu den Instrumenten zur Lenkung privatautonomem Verhaltens	652
V. Zu den Folgen der Lenkung privatautonomem Verhaltens	655
C. Gesamtergebnis in Thesen.....	658
I. Thesen zur Verhaltenssteuerung.....	658
II. Thesen zum Recht.....	658
III. Thesen zur Privatautonomie	659
Literatur.....	661